

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit: Bürogemeinschaft setzt Zeichen

„Kommunen können einen wichtigen komplementären Beitrag zur staatlichen Entwicklungszusammenarbeit leisten“, so lautete die Botschaft des Themenabends, der in den Räumen der Bürogemeinschaft der bayerischen, baden-württembergischen und sächsischen Kommunen am 21. März in Brüssel stattfand. In mittlerweile bewährter Weise wurde mit diesem Themenabend im Rahmen der gemeinsamen Veranstaltungsreihe mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) ein Blick „über den Tellerrand“ des Brüsseler Geschehens hinaus gewagt. Mit der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit stand dabei eine Thematik auf der Agenda, die vor allem durch die großen Umweltkatastrophen der vergangenen Monate verstärkt ins Blickfeld der breiten Öffentlichkeit gerückt wurde. Viele Städte und Gemeinden engagieren sich jedoch bereits seit Jahren aktiv in der Entwicklungszusammenarbeit - sei es im Rahmen einzelner Aufbauhilfeprojekte oder einer dauerhaften Städtepartnerschaft.

Die Stuttgarter Partnerschaft „Eine Welt“

Mit dem Oberbürgermeister der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart, Herrn Dr. Wolfgang Schuster, kam ein profunder Kenner des Themas nach Brüssel, um dem interessierten deutschsprachigen Brüsseler Publikum über den innovativen Ansatz der Stadt Stuttgart in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu berichten. Dr. Schuster ist aus persönlicher Überzeugung auf politischer Ebene die treibende Kraft der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“, dem von ihm begründeten Bündnis für Entwicklungszusammenarbeit, so erfuhren die Teilnehmer des gut besuchten Themenabends, darunter Vertreter der Europäischen Kommission sowie die Europaabgeordnete Heide Rühle (Baden-Württemberg, Grüne) und Jürgen Schröder (Sachsen, CDU). Erst kürzlich konnte der Stuttgarter Oberbürgermeister dem Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, das Stuttgarter Konzept zur Entwicklungszusammenarbeit vorstellen. Die „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“ (zu finden im Internet unter www.stuttgart.de/sde/menu/frame/top.php?seite=http%3A//www.stuttgart.de/sde/item/gen/161518.htm), die einen Beitrag zu einer gerechteren Globalisierung leisten will, gelte seither als weltweit vorbildlicher Ansatz kommunaler Entwicklungszusammenarbeit, so Kerstin Stuber, die Leiterin des Europabüros der bayerischen Kommunen, in ihrem Willkommensgruß zu Beginn der Veranstaltung.

„Eine-Welt-Politik“ beginnt auf lokaler Ebene, und auch kleine Kommunen können etwas tun

Eine differenzierte Einführung in das Thema gab Uwe Zimmermann, Referatsleiter für den Fachbereich Europa und Internationales beim DStGB. Im Rahmen von internationalen Entwicklungspartnerschaften besitzen Kommunen, so Zimmermann, einen eigenen Gestaltungsspielraum. Er betonte jedoch, dass dieses Engagement keineswegs nur auf Großstädte beschränkt sei, sondern sich alle Kommunen - je nach verfügbarem Know-How und Ressourcen - gewinnbringend für die Entwicklungshilfe einsetzen können. Die „Eine-Welt-Politik“ beginne auf lokaler Ebene, z.B. mit der Einsetzung kommunaler Beauftragter für die „Eine-Welt-Arbeit“, der Netzwerkarbeit mit entsprechenden Organisationen vor Ort, oder einer öffentlichen Beschaffung, die auf Produkte aus fairem Handel ausgerichtet sei. Kommunale Entwicklungspartnerschaften seien keine Einbahnstraße: Sie dienen eben gerade der gegenseitigen Öffnung und des gegenseitigen Austausches, durch sie würden bürgerschaftliches Engagement aktiviert und die Schaffung von breiten Bündnissen zwischen Zivilgesellschaft, Medien, Wirtschaft, Bildungseinrichtungen, Kirchen und Gewerkschaften gefördert.

Heute sind mehr als 2600 deutsche Kommunen im Bereich der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit aktiv. Beispielhaft sei die überwältigende Hilfsbereitschaft nach der Tsunami-Katastrophe im Indischen Ozean vom Dezember 2004, so Uwe Zimmermann, nach der „quasi über Nacht“ ein Callcenter aufgebaut wurde, damit die zahlreichen kommunalen Hilfsangebote - mehr als 1400 kommunale Tsunami-Hilfsaktionen allein aus Deutschland wurden registriert - koordiniert werden konnten. Ins Leben gerufen wurde daraufhin im Januar 2005 auch die „Partnerschafts-

initiative“ (www.partnerschaftsinitiative.de), die bei der Servicestelle „Kommunen in der einen Welt“ (www.service-eine-welt.de) in Bonn angesiedelt ist. Letztere berät und unterstützt bereits seit einigen Jahren Kommunen und weitere Akteure im Feld der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit.

Stuttgarts Oberbürgermeister Dr. Schuster: „Es gibt keine einseitige Verantwortung“

Dass die kommunale Selbstverwaltung tatsächlich ein Exportschlager in die Entwicklungsländer sein kann, davon ist der Stuttgarter OB Dr. Schuster überzeugt. Es liege im eigenen Interesse der von der Globalisierung zunehmend betroffenen deutschen Städte, daran mitzuwirken, dass alle Städte, auch solche in Entwicklungsländern, in der Lage sind, eine lebenswerte Zukunft für ihre Bewohner/innen zu schaffen. „The Globe is flat“, so Dr. Schuster, „wir alle sind auf gleicher Augenhöhe“. Es lohne sich auch als vergleichsweise „reiche“ Stadt, darüber nachzudenken, wie die sog. Nord-Süd-Spannungen zwischen reichen Industrieländern einerseits, armen Entwicklungsländern sowie den sog. Schwellenländern andererseits, welche sich rasant und oft auf nicht nachhaltige Weise entwickeln, abgebaut werden können. Als Beispiel für ein Schwellenland führte Schuster Indien an, mit dessen Stadt Mumbai (Bombay) die Stadt Stuttgart eine Partnerschaft unterhält. Mittlerweile ist Mumbai Mitglied der „Stuttgarter Partnerschaft Eine Welt“. Stuttgart, dessen Einwohner sich aus 130 Nationen zusammensetzen, versteht sich als „Mikrokosmos der Vereinten Nationen“ und will daher seiner Verantwortung im Globalisierungsprozess gerecht werden. Gegenstand der Partnerschaft, der die UN-Millenniumsziele (vgl. <http://www.bmz.de/de/service/glossar/millenniumsziele.html>) zugrunde liegen, ist die Gründung eines Netzwerkes aller Vereine, Organisationen und Gruppen, die sich für die kommunale Nord-Süd-Arbeit in Stuttgart engagieren. Hauptbestandteil der Stuttgarter Partnerschaft „Eine Welt“ ist ein 10-Punkte Programm mit Zielen, die die Teilnehmer der Aktion gemeinsam verfolgen wollen. Die Stadt selbst unterstützt Partnerstädte in Entwicklungs- und Schwellenländern, v.a. durch Hilfe zur Selbsthilfe vor Ort, etwa mit Know-How beim Aufbau der Kommunalverwaltung, einer der Grundlagen von tragfähigen rechtsstaatlichen Strukturen.

Die Zukunft des kommunalen Entwicklungsengagements

Die künftige Rolle der Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit ist es also wert, diskutiert zu werden, so wurde in den weiteren Ausführungen der beiden Redner und in den anschließenden Diskussionsbeiträgen deutlich. Hier zeigt sich, dass kommunale Potenziale zur Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit bisher wenig von Bund und Ländern genutzt wurden. Gerade in finanzieller Hinsicht verhält sich dies so, denn Kommunen können, im Gegensatz zu Nicht-regierungsorganisationen, keine Förderung aus Mitteln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit beantragen. Die EU-Fördermittel in diesem Bereich sind begrenzt und nur wenige Kommunen können die Ressourcen für das aufwändige Antragsverfahren aufbringen. Der Ausbau von kommunalen Entwicklungspartnerschaften benötigt daher Fördermöglichkeiten, die von Kommunen in allen Größenklassen möglichst unbürokratisch in Anspruch genommen werden können. Damit noch mehr Kommunen künftig in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sein können, muss die Entwicklungspolitik, sowohl auf Ebene der Bundesregierung als auch seitens der Europäischen Union, einen noch deutlicheren Schwerpunkt beim Aufbau lokaler und regionaler Strukturen in den Entwicklungsländern erfahren und die Entwicklungsarbeit der Kommunen in den EU-Staaten noch nachhaltiger fördern.

Alle Materialien zur Veranstaltung sind in Kürze auf der Homepage des Europabüros der baden-württembergischen Kommunen (www.europabuero-bw.de) abzurufen. (Ur)